

II-353 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
X. Gesetzgebungsperiode

3.6.1964

125/J

A n f r a g e

der Abgeordneten M e i ß l , K i n d l und Genossen  
 an den Vizekanzler,  
 betreffend Eisenerzbezüge der VÖEST.

-.--.-

Der Generaldirektor der Alpine Montan-Gesellschaft, Bergrat Dr. Oberegger, hat in einer Rede am 21. Mai in Leoben mitgeteilt, daß "die VÖEST aus dem afrikanischen Staat Guinea 3 Millionen Tonnen Eisenerz beziehe, wodurch die Förderung auf dem steirischen Erzberg zurückgehen müsse. Das könne dazu führen, daß der Erzberg mit der Konkurrenz nicht mehr Schritt halten könne und nach 2000jährigem Bestand, in einer Zeit der wirtschaftlichen Hochblüte, stillgelegt werden müsse".

Diese Mitteilung, die von fast allen österreichischen Tageszeitungen veröffentlicht wurde, hat in der Bevölkerung und insbesondere in dem Kreis der Arbeitnehmer am Erzberg, größte Beunruhigung hervorgerufen. Die Arbeiter am Erzberg befürchten, daß im Zuge dieser Entwicklung ihre Arbeitsplätze gefährdet werden könnten. Bereits in den letzten Jahren reduzierte sich der Beschäftigtenstand am Erzberg um 600 Arbeiter. Diese Situation hat die Stadtgemeinde Eisenerz und den Betriebsrat von Eisenerz veranlaßt, in Resolutionen die Bundesregierung, die drei parlamentarischen Klubs, den steirischen Landeshauptmann, den steirischen Landtag sowie die zuständigen Stellen des ÖGB auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Die Arbeitnehmer am Erzberg verlangen die rascheste Klärung dieses Problems, um die Arbeitsplätze der Erzbergarbeiter auch für die Zukunft zu sichern.

Der Umstand, daß die VÖEST das Eisenerz aus Afrika und nicht vom steirischen Erzberg bezieht, wirft ein schlagartiges Licht auf die derzeitige Situation im Bereich der verstaatlichten Industrie und auf die Machtkämpfe zwischen den beiden Regierungsparteien ÖVP und SPÖ, die eine sachliche Lösung der offenen Probleme geradezu unmöglich machen.

Die freiheitlichen Abgeordneten stehen auf dem Standpunkt, daß nur nicht mehr länger gezögert werden darf, die im Bereich der verstaatlichten Betriebe bereits seit Jahren entstehenden offenen Probleme einer Lösung zuzuführen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Vizekanzler folgende:

A n f r a g e :

- 1) Welche Maßnahmen werden getroffen werden, um den zwischen Alpine und VÖEST ausgebrochenen "Erzkrieg" zu beenden, um dadurch der starken Beunruhigung der betroffenen Arbeiterschaft von Eisenerz die Grundlage zu entziehen?
- 2) Wann werden dem Nationalrat geeignete gesetzliche Maßnahmen vorgeschlagen werden, um die bereits schon mehrere Jahre hindurch angekündigte Reorganisation der verstaatlichten Betriebe endlich zu verwirklichen?

-.--.-